

Rudolf Strahm  
Alt-Nationalrat, Preisüberwacher

## Wie viel Staat braucht der Mensch? – Was muss der Staat in Zukunft leisten?

Das war eine historische Kriegserklärung, mitte der 1980er Jahre, als die britische Premierministerin Margareth Thatcher das Wort in die Welt schleuderte: „There is no such thing as society – there are only individuals“ (Es gibt kein Ding wie eine Gesellschaft, es gibt nur Individuen).

Das was die initiale Kriegserklärung gegen eine zweihundertjährige Staatsidee, welche vom Contrat social von Jean-Jacques Rousseau bis zum Sozialstaat der Moderne entwickelt worden war. Madam Thatcher hat von Milton Friedman und Ronald Reagan grosse Unterstützung erhalten, und das hat später zur aktuellen Mainstream-Ökonomie geführt.

Trifft das zu: Der schweizerische Staat, der von den visionären freisinnigen Staatsschöpfern von 1848 als Wohlfahrtsvehikel geschaffen worden war und bis vor zwei Jahrzehnten als Wohlfahrtsgarant akzeptiert war, dieser Staat soll heute nur noch Wohlfahrtszerstörer und Wachstumsverhinderer sein? Hat sich dieser Staat in zwei Jahrzehnten objektiv derart verändert und verbogen, - oder bloss subjektiv das Empfinden des Mainstreams?

Ich möchte zunächst einige Worte über diesen staatskritischen Mainstream verlieren, über diese Demontageabsichten gegen die Autorität des Staates und über das Schlechtmachen der Verwaltung, welche heute sogar von einzelnen Regierungsmitgliedern ausgeht. (Wobei ich gestehe, dass ich persönlich auch einige Kröten schlucken musste und muss, mich als ehemaliger Parlamentarier und bisher selbständig Erwerbender in die Verwaltungsabläufe einzugliedern.) Ich möchte dann einige dieser Antistaats-Doktrinen aus volkswirtschaftlicher Sicht analysieren. Anschliessend gehe ich der Fragen nach: Was ist das Ziel der staatlichen Funktionen und wie erfüllen wir dieses? Am Schluss muss ich über das Selbstverständnis der Kader im Staat, über unser Verhältnis zur anti-etatistischen Kritik etwas sagen.

### Gebannter Blick auf die Staatsquote

Die simpelste Kritikversion gegenüber dem Staat – gewissermassen die Biertisch-Kriegswaffe – ficht mit der Staatsquote: Die Staatsquote sei gestiegen, sie sei zu hoch. Wahrscheinlich können die meisten Kritiker weder die Staatsquote noch die Fiskalquote genau definieren. Aber das Killerargument gipfelt dann bis zur Behauptung, 50 Prozent der Einkommen würden vom Staat weggefressen.

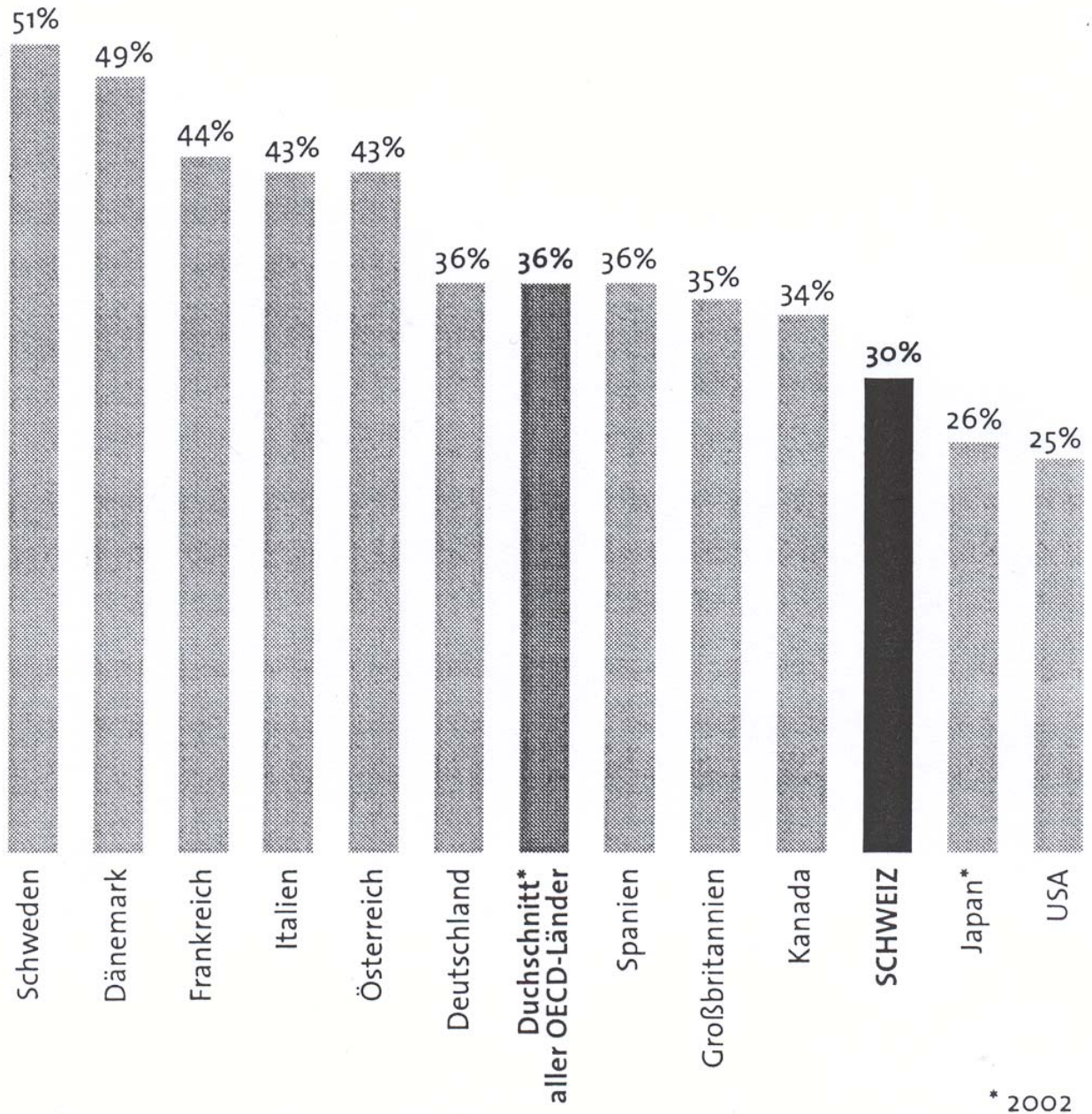
Dazu sind zwei Feststellungen nötig. Sowohl bei der *Fiskalquote* (also der Summe aller Steuern und Abgaben in Prozent der Bruttoinlandprodukts BIP) als auch bei der *Staatsquote* (Staatsausgaben in Prozent des BIP) liegt die Schweiz unter allen OECD-Ländern bei den tiefsten, jedenfalls deutlich unter dem Durchschnitt.

Grafik 1: Fiskalquote 2003<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> OECD: NZZ vom 21.10.2004. Die Fiskal- und Staatsquoten im OECD-Ländervergleich sind jeweils im Anhang zur Staatsrechnung der Eidgenossenschaft publiziert.

## Die Steuerbelastung in der Schweiz ist tief



Fiskalquote 2003 von Industrieländern (= Steuern und Zwangsabgaben an staatliche Stellen in % des Bruttoinlandprodukts). *Quelle: OECD*

Bei der *Fiskalquote* sind alle Steuern und Abgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie alle obligatorischen Sozialversicherungen inbegriffen, die über den Staat laufen, also AHV, IV, Arbeitslosenversicherung. Aber nach OECD-Definition gehören Krankenkassenprämien, BVG-Prämien, Gebäudeversicherungsprämien nicht zur Fiskalquote, obschon auch sie obligatorisch sind. (Die notorischen Fiskalquoten-Krieger fordern allerdings immer wieder auch deren Einbezug; und sie haben durchgesetzt, dass der Bund neben der offiziellen OECD-konformen Fiskalquote auch die „schweizerische“ Version mit Einbezug der KV-Prämien publizieren muss.) Die Fiskalquote hat in der Schweiz, nach einem starken Anstieg in den 1990er Jahren, bei 30 Prozent stagniert und liegt heute deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 36 Prozent. (Auf den Anstieg von Staats- und Fiskalquote kommen wir zurück.)

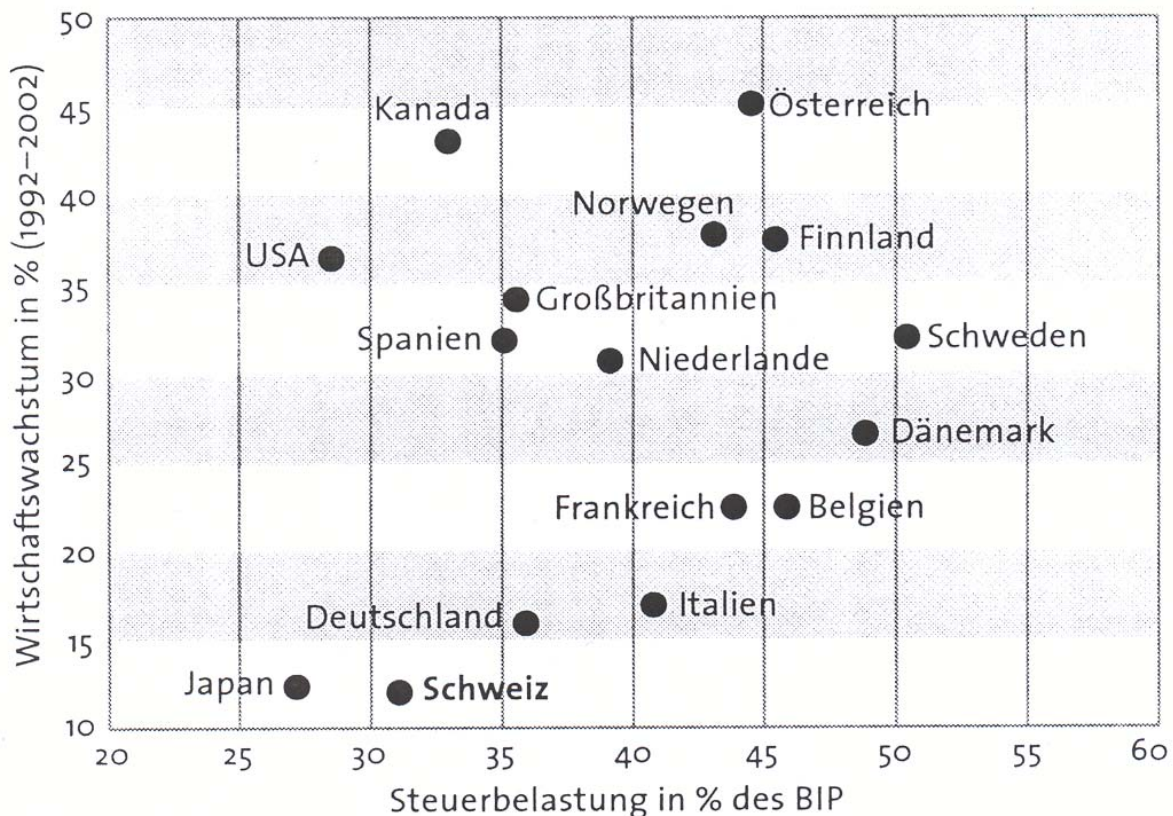
### Staat als Wachstumsverhinderer?

Die Kritik zweiter Stufe – ich würde sagen: Nach der Biertischwaffe kommt das Argument der Business-Klasse – betrifft die Wachstumswirkungen: Der Fiskalstaat behindere das Wirtschaftswachstum. Der Staat ziehe den Unternehmern und Haushalten das Geld aus der Tasche und behindere so die Wirtschaft.

Diese unendlich wiederholte und nachgesprochene Behauptung müssen wir überprüfen. Denn aus dieser Behauptung ist eine politische Rundum-Killerphrase geworden. Aber: Sie ist nicht belegbar!

Grafik 2: Zusammenhang zwischen Fiskalquote und Wirtschaftswachstum<sup>2</sup>

### Das Wirtschaftswachstum hängt nicht von der Steuerbelastung ab



CD

Es gibt Länder mit hohen Steuern und hohem Wachstum und solche mit tiefem Wachstum. Und es gibt Länder mit tiefen Steuern und hohem Wachstum und solche mit tiefem Wachstum. Wirtschaftswachstum 1992–2002 in % und Fiskalquote. *Quelle: OECD*

Aufgeweckt durch das neoliberale Theorem von der Wachstumsbehinderung der Staatsquote, haben OECD-Ökonomen für vergleichbare Industrieländer des OECD-Raums für das Jahrzehnt von 1992-2002 den Zusammenhang zwischen Fiskalquote und Wirtschaftswachstum untersucht, ebenso zwischen der Veränderung der Fiskalquote (Erhöhung/Senkung) und dem Wachstum. Und siehe da: Es lässt sich kein Zusammenhang zwischen Wachstum und Fiskalquote (oder Delta-Fiskalquote) bestimmen! Es gibt Länder mit hoher Fiskalquote und hohem Wachstum und Länder mit hoher Fiskalquote und tiefen Wachstum. Es gibt wiederum OECD-Länder mit tiefer Fiskalquote (oder gesunkener Fiskalquote) mit hohem und solche mit tiefem Wirtschaftswachstum. Es gibt keine beweisbare Korrelation.

Es zeugte von Mut und Unabhängigkeit, dass der Präsident der Eidgenössischen Kommission für Konjunkturfragen, Professor Gebhard Kirchgässner von der Universität St. Gallen, - sehr zum Unmut gewisser Ökonomen – der OECD-Analyse eine eigene Untersuchung nachschickte, die ebenfalls die Schweiz einbezog und in der Feststellung der „Tatsache“ gipfelte, „dass keine statistisch gesicherte Beziehung zwischen der Höhe der Staatsquote und dem Wirtschaftswachstum nachgewiesen werden kann<sup>3</sup>.“ Es stimmt nachdenklich, dass diese Analyse von Kirchgässner und der KfK praktisch nicht zur Kenntnis genommen worden ist, während süffige anti-etatistische Streitschriften gewisser konzernfinanzierter „Thinktanks“ über jeden Agenturticker verbreitet werden.

Tabelle 3: Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Kommission für Konjunkturfragen: Jahresbericht 2004. Mitteilung 383 vom 03. September 2004, Seite 48.

Gebhard Kirchgässner: Zum Zusammenhang zwischen staatlicher Aktivität und wirtschaftlicher Entwicklung. St. Gallen 2004. Abrufbar unter [www.kfk.admin.ch](http://www.kfk.admin.ch) (Studien).

<sup>4</sup> World Economic Forum: Global Competitiveness Report. [www.weforum.org/site/](http://www.weforum.org/site/) . Auch NZZ vom 14.10.2004

## Die wettbewerbsfähigsten Länder

Auswahl<sup>1</sup>

	Growth Competitiveness Index		Business Competitiveness Index
	2003	2004	2004
Finnland	1	1	2
USA	2	2	1
Schweden	3	3	4
Taiwan	5	4	17
Dänemark	4	5	7
Norwegen	9	6	20
Singapur	6	7	10
Schweiz	7	8	5
Japan	11	9	8
Island	8	10	19
Grossbritannien	15	11	6
Niederlande	12	12	9
Deutschland	13	13	3
Australien	10	14	13
Kanada	16	15	15
Vereinigte Arab. Emirate	-	16	28
Österreich	17	17	16
Israel	20	19	21
Spanien	23	23	26
Frankreich	26	27	12
Irland	30	30	22
China	44	46	47
Italien	41	47	34
Indien	56	55	30
Brasilien	54	57	38
Türkei	65	66	52
Russland	70	70	61

<sup>1</sup> Die gesamte Liste umfasst 104 Staaten (GCI) bzw. 93 Staaten (BCI).  
Quelle: WEF.

WEF NZZ  
14.10.2004

Im weitem ist auch eine Bemerkung zum Verhältnis Staatsquote / Fiskalquote und internationale Konkurrenzfähigkeit am Platz. Sie kennen die problematische aber viel zitierte Liste der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt aus dem WEF-Global Competitiveness Report. Die Schweiz war 2004 beim Growth Competitiveness Index weltweit auf Platz 8, beim Business Competitiveness Index auf Rang 5. Und wer lag vor uns? Mehrere Länder, die eine viel höhere Staats- und Fiskalquote hatten als wir: Finnland, Schweden, Dänemark, Norwegen ! Offensichtlich beeinträchtigen auch hohe Staatsquoten die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht, wenn die Wirtschaft und vor allem das Bildungswesen der Länder sonst intakt sind!

Ich möchte diese Befunde metatheoretisch betrachten und auf das Selbstverständnis der staatlichen Behörden anwenden: Lässt sich daraus nicht auch die stringente Folgerung ableiten, dass man nicht vor jeder mit professoralem Imponiergehabe vorgetragenen These gleich auch zusammensuckt und diese unterwürfig gleich auch zur eigenen macht ? - Allerdings werden sich diejenigen, die das Dogma von der Wachstumsbehinderung durch die Staatsquote verbreiten, kaum je durch solche rationale, empirische Befunde widerlegen lassen. Denn es gibt in der Nationalökonomie so etwas wie quasi-religiöse Dogmen, und diese lassen sich rational nicht begründen oder beseitigen. Wer zur (neoliberalen) Kirche gehören will, muss sie bestätigen oder mindestens unangetastet belassen. (Stellen Sie einen Vergleich an zu Dogmen der Kirche, z.B. das Dogma der unbefleckten Empfängnis der Maria, Dogma Conzeptio Immaculata 1854. Wer zur katholischen Kirche gehören will, stellt dieses nicht mehr zur Diskussion.). *Dogmen verhindern die Lernfähigkeit und Kompromissbereitschaft.*

Die Staatseinnahmen und –ausgaben behindern also das Wachstum nicht. Zur Begründung muss man wohl auf das Lehrbuch „Wissen der Makroökonomie“ zurückgreifen:

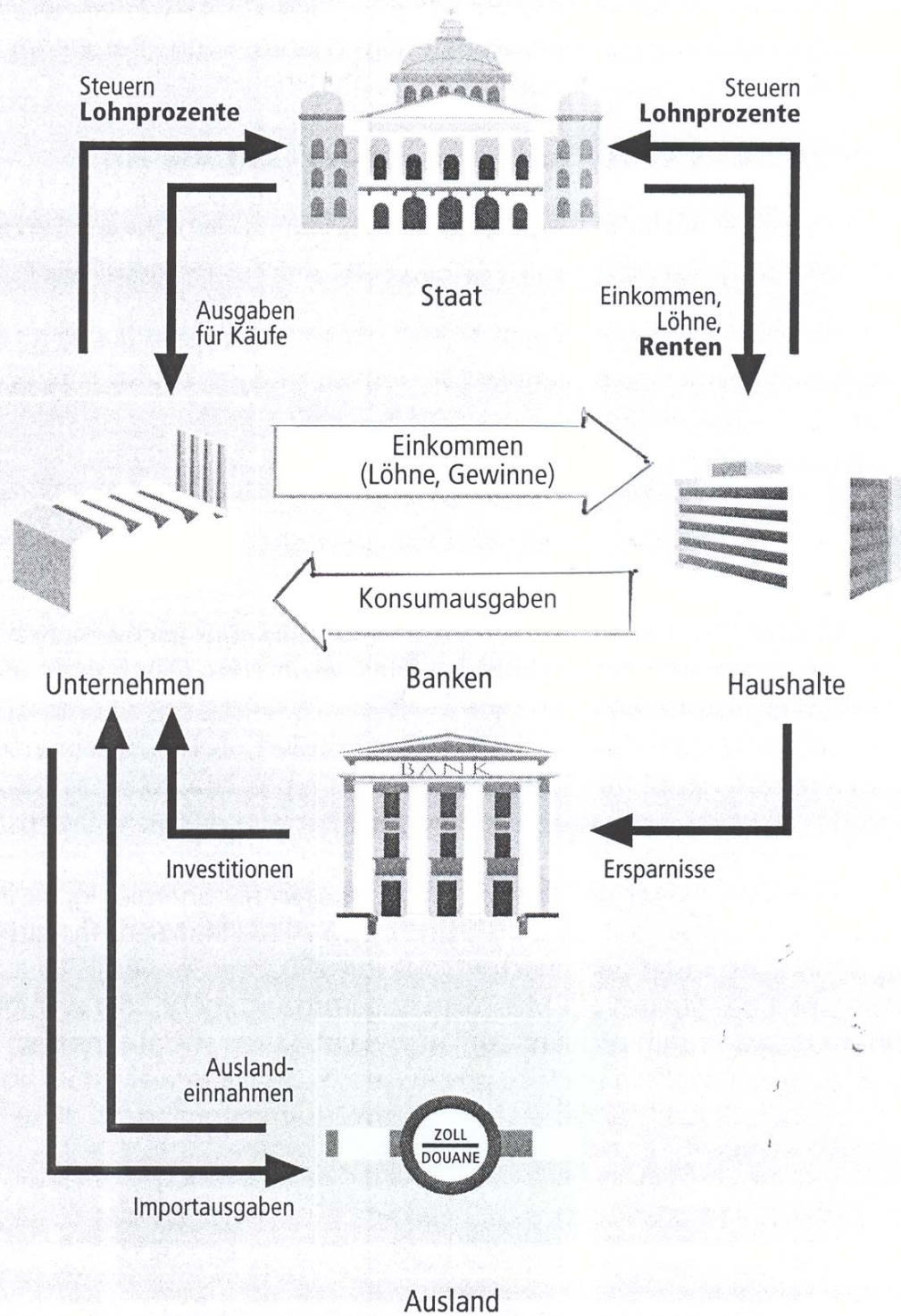
Grafik 4: Wirtschaftskreislauf<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Rudolf H. Strahm: Arbeit und Sozialstaat sind zu retten, Werdt Verlag 1997. Seite 324

# Der Sozialstaat stützt und stabilisiert die Kaufkraft und die Konjunktur

**Kreislaufeffekt von Renten und Sozialleistungen**  
(Makroökonomisches Kreislaufmodell)



Jeder Staatsfranken ist in der makroökonomischen Kreislaufbetrachtung auch ein Kaufkraftfranken. Entweder wird er zu Investitionen und bewirkt einen Multiplikatoreffekt oder er wird zu Löhnen und Renten, welche über die Haushalte wiederum in den Konsum fließen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützen.

### **Qualitative Ausgabenentwicklung differenziert beurteilen**

Allerdings müssten die Staatsausgaben und die Steuerarten schon differenziert betrachtet werden. Verschiedene Steuerarten haben unterschiedliche makroökonomische Wirkungen. So kann z.B. die Veränderung der Holdingbesteuerung im Einzelnen tatsächlich eine stärkere Wirkung auf das Wachstum zeigen.

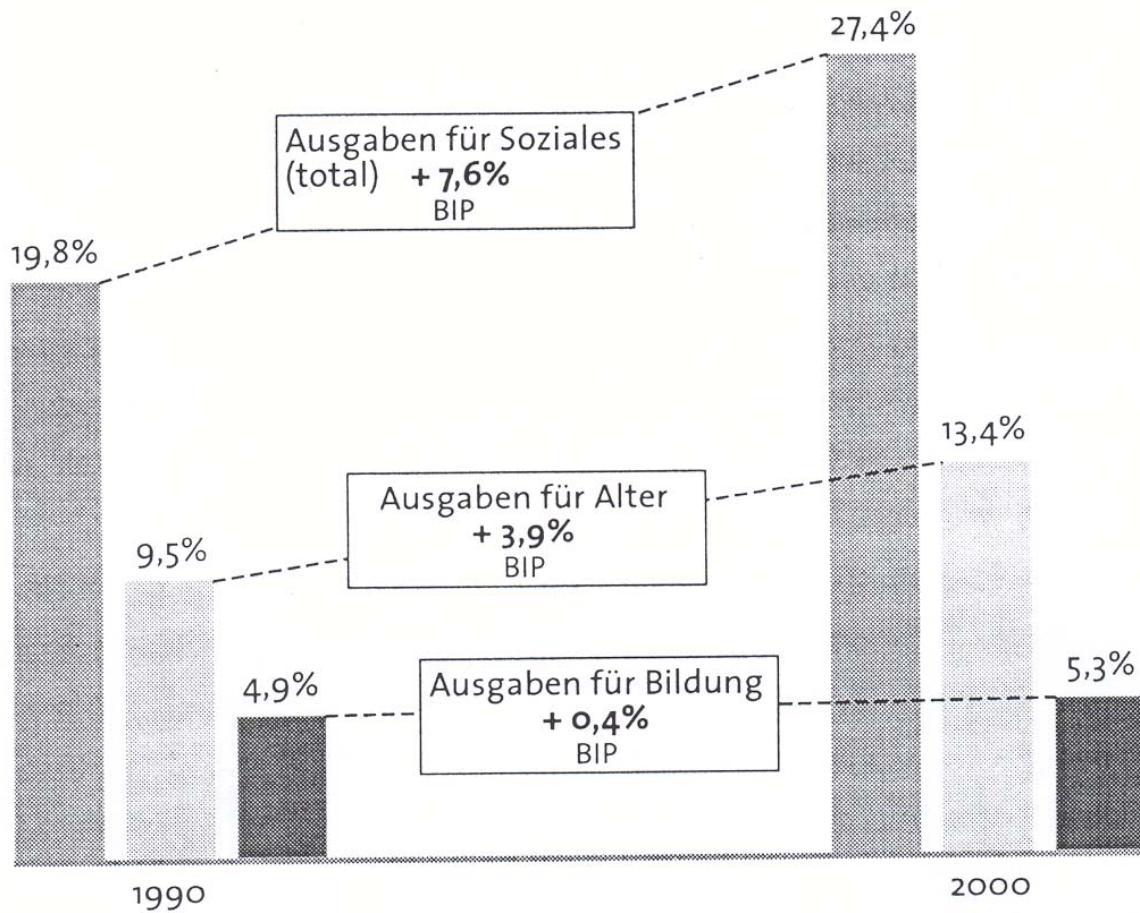
Für die Schweiz können wir indes eine Feststellung machen: Die Entwicklung der Staatsausgaben hat bei der näheren Betrachtung der qualitativen Zusammensetzung eine falsche Richtung. Die von der Bundeskanzlei und dem BfS erarbeiteten „Indikatoren als strategische Führungsgrößen für die Politik“ zeigen einen dramatischen Trend:

Grafik 5: Ausgabenentwicklung für Soziales und Bildung im Vergleich<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> BfS / Bundeskanzlei: Indikatoren als strategische Führungsgrößen für die Politik, Neuchâtel 2004, Seite 37, Seite 196 f  
BfS: Gesamtrechnung der sozialen Sicherheit. Neuchâtel 2002. Seite 103 f.

## Immer mehr für das Alter und Soziales – wenig für die Jugend

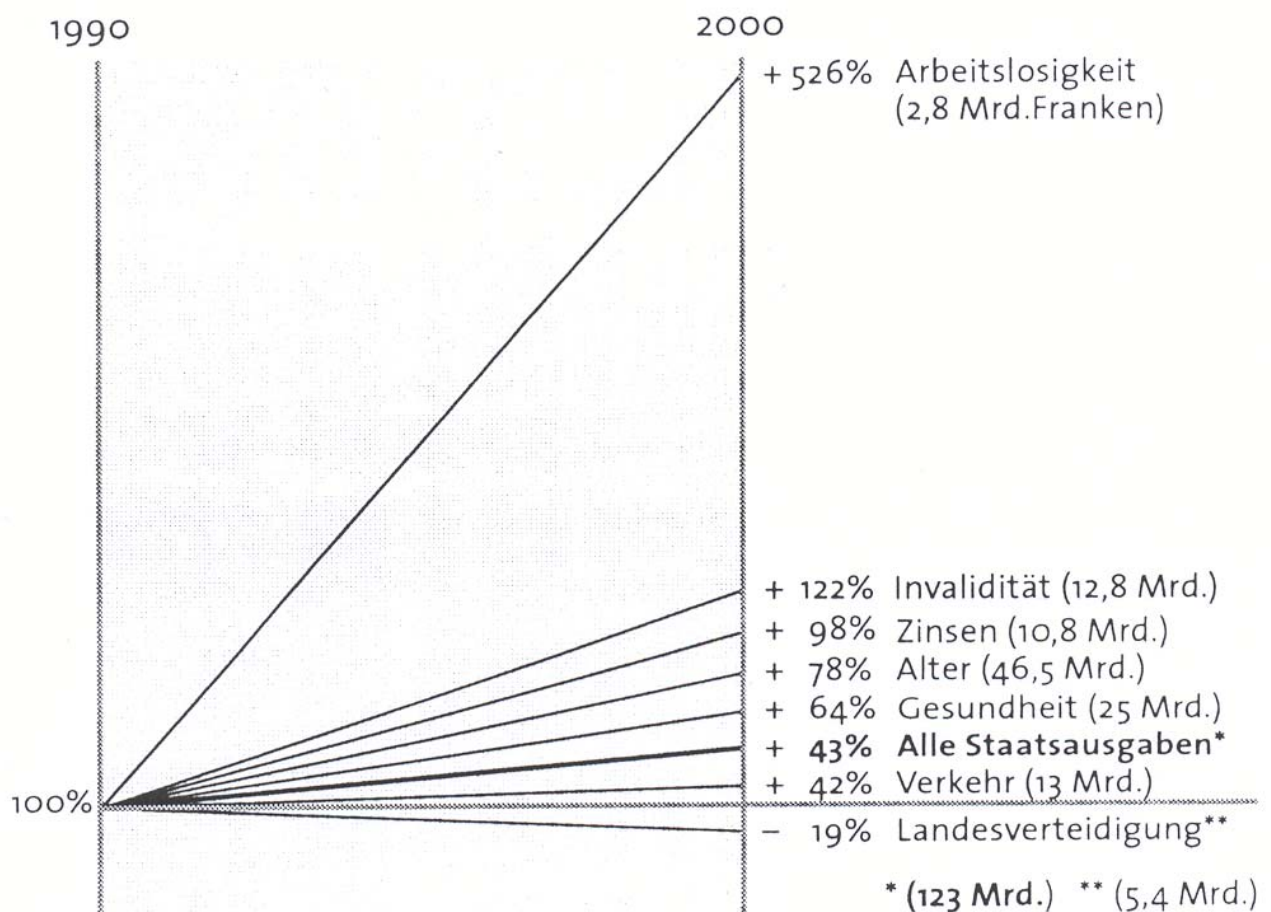


Entwicklung der Staatsausgaben 1990–2000 für Soziales (total), Alter, Bildung in % des Bruttoinlandprodukts. *Quelle: Bundesamt für Statistik / Bundeskanzlei*

Von 1990 bis 2000 sind die Staatsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden für Soziales um + 7.6 Prozent des BIP angestiegen, diejenigen für das Bildungswesen aber nur um + 0.4 Prozent. Immer mehr wird für das Alter (+ 3.9 BIP-Prozent) und für Soziales insgesamt ausgegeben, zu wenig für die Jungen, für die zukünftige Wissensgesellschaft. Dieser Trend ist schon problematisch, denn er zeigt, dass der Staat heute viel und immer mehr in den Konsumbereich der aktuellen Renten, aber viel zu wenig in die Wissensgesellschaft und in das zukünftig benötigte „Humankapital“ investieren. Das hat natürlich schon negative oder retardierende Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

Grafik 6: Die grossen Ausgabentreiber beim Staat

### Warum die Staatsausgaben steigen: Folgen der Arbeitslosigkeit der 90er Jahre, Kosten der Alterung und des Gesundheitswesens als Ausgabentreiber



Ausgabenentwicklung 1990 – 2000 von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2004

Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Staatsausgaben, fällt auf, dass von 1990 bis 2000 für die Arbeitslosenversicherung (+ 526 Prozent) und die Invalidität (+ 128 Prozent) von der öffentlichen Hand am meisten *zusätzlich* aufgewendet worden ist. Auch für den Zinsendienst (Verschuldung), für das Alter (+ 78 Prozent) und die Gesundheit (+ 64 Prozent) waren überproportionale Steigerungen zu verzeichnen, während traditionelle Staatsausgaben unterproportional gewachsen sind. - Diese Ausgabenentwicklung signalisiert indes: Nicht die Quantität der Ausgaben wird zum Problem, sondern deren qualitative Zusammensetzung.

### **Gewährleistet der Staat das Gemeinwohl?**

Die Frage ist also nicht primär eine quantitative: Wie gross darf die Staats- und Fiskalquote sein? Vielmehr stellt sich die Frage nach der *qualitativen Zusammensetzung der Ausgaben und der Wirkungen der Staatstätigkeit*, respektive der einzelnen staatlichen Funktionen. Leistet der Staat als Regulator das Richtige? Gewährleistet er das Gemeinwohl, das volkswirtschaftliche Optimum, die Effektivität der Zielerreichung, die Verteilungsgerechtigkeit, die Verfassungsziele? Oder auf den Punkt gebracht: Dient der Staat den Menschen, dem Gemeinwohl ?

Zu dieser Fragestellung möchte ich einen wichtigen Hinweis zu einem Betrachtungsansatz zeigen, der bei uns vernachlässigt wird, und zwar vom Gesetzgeber bis zur Regierung, vom Journalismus bis zur Wissenschaft: Das Capture-Problem! Wer kennt und benennt bei uns schon das Capture-Problem?

Wenn Sie in der Internet-Suchmaschine (google) unter „Regulatory Capture“ Publikationen suchen, finden Sie – man höre und staune – 1.38 Mio Literaturhinweise zu Studien, Universitätsuntersuchungen und anderen Publikationen. Das Capture-Problem besagt, dass der staatliche Regulator durch die Branche, die er regulieren sollte, gefangen genommen, vereinnahmt ist. Das ist kein Marginalthema, es darf nicht weiter verdrängt werden.

Die staatliche Luftfahrtaufsicht (BAZL) wurde lange Zeit faktisch vom Luftfahrt-Business selber beherrscht, nach dem Motto: Die Kontrollierten kontrollieren ihre Kontrolleure selber. Die Atomaufsicht wird von der kleinen Insider-Gruppe der Atomspezialisten, die aus der beaufsichtigten Branche stammen und nach deren Regeln prüfen, wahrgenommen. Wie steht es mit der Zulassung zum Medikamentenmarkt ? Mit der Patentanerkennung ? Mit der Banken- und Börsenaufsicht ? Mit der energiepolitischen Regulierung durch das zuständige Bundesamt? Und so weiter.

Als Preisüberwacher stelle ich fest: Die Swissmedic als Medikamentenzulassungsbehörde blickt nur auf die Medikamentensicherheit. Das Institut für Geistiges Eigentum IGE in seiner hoheitlichen Aufgabe des Patentszulassers denkt nur an den Patentschutz und fordert darüber hinaus die nationale Patenterschöpfung (sprich: Abschottung vor Parallelimporten). Die EBK regulierte auf Grund der Basler Empfehlungen die Eigenmittelvorschriften für die Banken, mit der Folge einer eklatanten Zinsverteuerung der Bankenkredite für die KMU. Jedes Amt praktiziert als Regulatorbehörde die Zulassung und Marktaufsicht der Branche mit dem Ziel, Sicherheit zu gewährleisten, immer mit den besten Absichten, mit gesetzlicher Grundlage und dem Fachwissen der Branche. Alle regulieren, aber niemand denkt an die Folgen: an den Preis!

Jede abweichende Regelung gegenüber dem EU-Markt kostet ! Jede zusätzliche Sicherheitsvorschrift kostet! Und in fast allen Fällen sind die beaufsichtigten (oder protegierten) Branchen auch die Nutzniesser dieser Verteuerung. Die Folge ist die Hochpreisinsel Schweiz: Wir importieren für rund 130 Milliarden Franken und zahlen dafür im Durchschnitt rund 20 Prozent mehr, als diese Güter z.B. in Deutschland kosten.

Das geschieht auf Bundesebene, und es setzt sich fort auf Kantons- und Gemeindeebene. Jeder baut eine Sicherheitsmarge ein. Die Gemeindeverwaltungen bei der Berechnung der

Abwassergebühren oder Stromtarife , - und jeder öffnet wiederum unnötige Reserven. Was ist die Folge? – Das Hochpreisland Schweiz!

Ich weiss, dass ich möglicherweise Anwesende unberechtigterweise oder ungerechtfertigterweise antüpfe. Aber, wenn wir über die regulatorische Rolle des Staates in der Marktwirtschaft reden, müssen wir in Zukunft auch über das Capture-Problem reden, über die Branchenabhängigkeit der Fachpersonen, über die Personalpolitik, über das Problem, ob der staatliche Regulator überhaupt das Gemeinwohl erzielen kann. Bitte, betrachten Sie diese Hinweis auf die Capture-Problematik nicht als Attacke, sondern als Frageraster zur eigenen Ueberprüfung der hoheitlichen Funktionen, die Sie mit Ihrem Amt ausüben.

Hier ist auch zu fragen, ob das System der FLAG-Ämter – die Ämter finanzieren sich aus verursachergerechten Gebühren aus der kontrollierten Branche – die Capture-Problematik nicht verschärfen. Denn, je mehr ein Amt reguliert, kontrolliert, inspektioniert, desto höher sind die Gebühreneinnahmen. Eine branchenübergreifende Regulatorbehörde wie die WEKO oder die Preisüberwachung, später auch das Versicherungsgericht, wären weniger in der Capture-Problematik gefangen.

### **Branchenübergreifende Marktordnungspolitik**

Ich bin nicht zu diesem Referat eingeladen worden, um über die Preisüberwachung zu sprechen oder über die Wettbewerbspolitik. Aber ich möchte doch die Gelegenheit benützen, zu betonen, dass es eine staatliche Marktordnungsaufsicht braucht. Es braucht die Wettbewerbskommission: und zwar dort, wo wirksamer Wettbewerb herstellbar ist. Wettbewerb ist nur dort möglich, wo es mehrere Anbieter gibt, die sich tatsächlich dem Wettbewerb stellen. Wo ein natürliches Monopol besteht, sind die Instrumente der WEKO, nämlich den wirksamen Wettbewerb herzustellen, nicht anwendbar. In diesen Fällen braucht es die Preisüberwachung oder eine Preiskontrolle. Das ist der Fall bei allen Netzen, bei Schienennetzen, bei Elektrizitätsnetzen, Gas-, Wasser-, Abwassernetzen. Darüber hinaus ist immer dort, wo ein Preis behördlich festgelegt (administriert) wird, nur eine Preismissbrauchskontrolle durch die Preisüberwachung sinnvoll. Auch bei administrierten Preisen ist die Wettbewerbspolitik unwirksam.

Wir haben in der Schweiz 3'000 Gemeinden, und jede Gemeinde hat mehrere administrierte Preise, für Wasser, Abwasser, Strom, Schwimmbäder, Kehrlicht, - all das ist die Domäne der Preisüberwachung. Es braucht beides, die Herstellung wirksamen Wettbewerbs durch die WEKO (mit einer juristischen Beurteilung) wie auch die Überprüfung missbräuchlicher Preise durch die Preisüberwachung (mit einer betriebswirtschaftlichen Analyse). Es gehört zur Natur unserer Stellung, dass wir uns mit fast allen regulatorischen Ämtern bezüglich Gebühren, administrierten Preisen oder Preiswirkungen ihrer Regulierungstätigkeit im Dauer-Clinch befinden. (Deshalb ist es von Vorteil, wenn der Preisüberwacher branchenübergreifend wirkt, wenn er nicht mehr Bundesrat werden kann und nicht mehr wiedergewählt werden muss.). Es ist wichtig, dass die Regulatorbehörden wie Preisüberwachung und WEKO branchenübergreifend operieren können, um dem Capture-Problem auszuweichen.

### **Staatsaufgaben in Zukunft**

Ich möchte mich nun im zweiten Teil mit den Staatsfunktionen der Zukunft befassen. Ich bin nicht mit prophetischen Gaben ausgestattet. Doch ich möchte in einigen Punkten *Kriterien* skizzieren, die eine *Orientierung für die Einschätzungen* der zukünftigen Rolle des Staates in der globalisierten Wirtschaft abgeben können.

1. Zunächst eine ernüchternde Einschätzung. Ich vermute, dass – trotz allen Wünschen nach Staatsabbau und Deregulierung – der Staat in Zukunft nicht weniger, sondern eben so stark oder stärker gefragt ist, und dies aus allen Azimuten. Jeder, jeder Bürger und jede Bürgerin, jede Unternehmung und jede Branche werden versuchen, den Staat zur Übernahme von Risiken und externen Folgelasten zu bewegen, immer nach dem

Grundmotto des modernen Wirtschaftssystems: Gewinne privat – die Kosten dem Staat.

Man wird die Exportrisiko-Garantie ausbauen. Man wird die Flugverkehrsaufsicht, die Atomaufsicht und –endlagerung, die Biosicherheit noch mehr dem Staat anhängen. Man wird auf Grund ausgerechnet der hyperliberalen USA-Regierung die staatliche Personenüberwachung weltweit zwecks Terrorbekämpfung verstärken und verteuern. Man wird – wer hätte das gedacht? – die privaten Revisionsfirmen einer staatlichen Kontrolle unterstellen, zwecks Kompatibilität mit dem amerikanischen Sarbanes-Oxley-Act. Man wird Tausende von neuen Gesetzesseiten produzieren und Millionen von Beamten-Flugkilometern benötigen, um im Zeichen der Globalisierung, im Dienste der Weltwirtschaft, die Handelsregimes der einzelnen Ländern zu koordinieren und zu homologisieren. Kurz: Man wird den Staat ideologisch schlecht machen und die Beamten vermöbeln, und *gleichzeitig* den Staat von den gleichen Kreisen stärker beanspruchen. Wer diesen Gedankengang nicht nachvollziehen kann, soll bitte nach den USA blicken, wo eine liberale Regierung ein enormes jährliches Staatsdefizit von 5 Prozent des BIP produziert und den Militär- und Ueberwachungsstaat nur ausbaut, - und dies ständig begleitet von der staatskritischen Rhetorik, der Bürger müsste eben Eigenverantwortung tragen und weniger vom Staat fordern.

Was auch für die These spricht: Die Globalisierung und der verschärfte Wettbewerb bringen als inhärente Begleiteffekte auch grössere Disparitäten im Inland. Es gibt eben Globalisierungsgewinner *und* Globalisierungsverlierer, und der ganze Prozess läuft trendmässig nach Matthäus 25,29: Wer da hat, dem wird gegeben – und wer nicht hat, dem wird genommen werden. Um den Strukturwandel abzufedern, wird wiederum wohl der Sozialstaat beansprucht werden, und zwar von allen, von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und von der öffentlichen Moral.

2. Beschäftigen wir uns mit der Frage: Was soll denn in Zukunft staatlich, und was soll privat geleistet werden?

Hier plädiere ich für eine *Entkrampfung* und für *pragmatische Lösungen* auf Grund bestimmter *Beurteilungskriterien*. Ich möchte nicht einfach eine Multi-Choice-Liste präsentieren, sondern einmal *drei Kriterien* ins Gespräch bringen:

a) Als erstes Kriterium sollten die **Opportunitätskosten** dienen. Opportunity Costs messen die Kosten der Alternative. Der Ökonomiestudent lernt sehr früh im Studium: Wenn er ein Haus kaufen will, hat er die Rechnung anzustellen, was ihn alternativ die Miete oder der Kauf kosten, und was ihm die alternative Anlage seines Vermögens z.B. in Aktienmärkten statt im eigenen Haus einbringt.

Fragen Sie nicht nur: Was kostet die und die Staatstätigkeit, sondern auch: Was kostet uns alternativ der *Verzicht* auf die Staatstätigkeit, - und wer zahlt die Alternative?

b) Man sollte dem zu Folge – ein zweites , verwandtes Kriterium - neben der propagierten Regulierungsfolge-Abschätzung auch gleichzeitig eine **Deregulierungsfolge-Abschätzung** anstellen. Regulierung kostet und behindert oft den Markt. Aber Deregulierung, Verzicht auf die Regulierung, hat eben auch seinen Preis und fördert nicht automatisch mehr Markt ! Nötigenfalls müsste man auch die Methode der **Externen Kosten** einbeziehen: Wenn wir auf die und die Umweltschutzmassnahme verzichten, schaffen wir externe Kosten, denn die Marktpreise widerspiegeln oft nicht die ökologische Wahrheit. Und dann werden einfach andere für die Deregulierung zahlen müssen.

- c) Man wird sicher neu definieren müssen, was der **Service public** heute bedeutet. Das ist nicht mehr gleich, wie zur Zeit der Staatsgründung von 1848 durch die Freisinnigen und im 19. Jahrhundert. Ich glaube, dass das (recht schwammige) Kriterium des Service Public – ich definiere ihn als flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Gütern für Alle - in Zukunft allein nicht mehr ausreicht. Denn mit diesem lassen sich auch ineffiziente Strukturen und Monopole rechtfertigen. Ganz besonders müssen wir dort die Monopole aufbrechen, wo es sich um technologische *Innovationsfelder* handelt und wo fette Monopolisten die Diffusion neuer Technologien eher verhindern als fördern. Der Staat sollte die technologische Innovation nicht noch behindern, sondern so liberalisieren und den Wettbewerb geschickt so organisieren, dass es eine Innovation für Alle wird.

Das ist Theorie. Werden wir konkret : Sie arbeiten danach in thematischen Workshops. Wenden Sie diese Kriterien **Opportunitätskostenanalyse** , **Regulierungs-Deregulierungsfolge-Abschätzung**, **externe Kosten** und **Service Public** auf Ihr Fachgebiet an und überprüfen Sie, wo es tatsächlich **öffentliche Güter** braucht. Z.B. im Bereich der Bildung: Was kostet die Bildung? Aber auch: Was kostet der Verzicht auf das öffentliche Gut Bildung? Was kostet die Nachholbildung für hier arbeitende Ausländerinnen und Ausländer; - und, die Alternative, was sind die sozialen Folgekosten, wenn wir in Sachen Nachholbildung und Integration der Ausländer nichts tun? Was kostet die staatliche Forschung – und was kostet und leistet die private Forschung, wenn die staatliche reduziert wird?

Oder zum Bereich der Landwirtschaft: Was bewirken die 4 Mia Franken an öffentlichen Geldern für die Landwirtschaft (plus die Milliarden Protektions-Rente, die die Konsumenten bezahlen)? Und was entsteht, wenn diese nicht mehr in die Landwirtschaft, sondern alternativ z.B. in die Bildung fließen würden? Was wiederum sind die Opportunitätskosten des Abbaus der Agrarsubventionen, wenn als Folge davon der Landwirtschaftsschutz abgebaut wird? Und was kostet wiederum dieser Abbau dem Tourismus ? - Kurz: Versuchen Sie mit diesen drei Kriterien der Opportunitätskostenanalyse, der Regulierungs-/Deregulierungsfolgeabschätzung und flächendeckende Versorgung das ganze systemisch anzugehen.

Nochmals: Ich plädiere für ein unverkrampftes, pragmatisches Lösungsmuster. Übergeben wir doch Dienstleistungen den Privaten, wo Private diese leisten können, und rechnen wir aber auf, wer das zahlt und welche Innovationsdynamik durch den Wettbewerb entstehen oder eben nicht entstehen kann.

### **Die Frage nach der „Leadership“**

Zum Schluss möchte ich auf das Selbstverständnis und das Selbstvertrauen der staatlichen Akteure, besonders der Kader zu sprechen kommen. Kürzlich haben dreissig befragte Top-Manager von grossen Schweizer Konzernen dem Gesamtbundesrat die Note 3.2 verpasst – bei einer Notenskala von 1-6.

Ich will jetzt nicht lamentieren über die Anmassung einer solchen Notengebung. Dieses Rating zeigt: Die Manager verstehen den Staat nicht mehr! Und es fehlen heute bürgerliche Leute, die ihnen den Staat erklären und sie glaubhaft überzeugen, dass der Staat nicht wie eine Firma funktioniert. (Paul Jolles, Richard Reich, Ulrich Brehmi, zuletzt vielleicht Vreni Spoerry hatten noch diese Scharnierfunktion ausgeübt.) Was wollen die Manager, die Wirtschaft vom Staat? Natürlich, sie wollen von ihm vor allem Risikoabdeckung (nur sagen sie es nicht so). Aber sie möchten vor allem eines: Sie möchten wissen, wohin die Reise geht; sie möchten Planungssicherheit, sie möchten einen „Leuchtpfad“. Sie möchten – um den demokratiefremden Business-Ausdruck doch zu übernehmen – eine „Leadership“ durch den Staat, vor allem eine Leadership in der

Wirtschaftspolitik. Nicht 10 Ziele und nicht 17 Wachstumsmaßnahmen, nicht ein Legislatur-Programm, das wie ein Buch daherkommt. Die wirtschaftspolitische *Führungsrolle* müsste z.B. darin bestehen, dass sich die Regierung *auf zwei, drei Punkte konzentriert* und diese mit einer Stimme vertritt. - Zum Beispiel:

1. *Wir wollen mehr Wettbewerb – im Inland und beim Import.*  
(Richten Sie sich darauf ein, dass z.B. bis 2010 alle Wettbewerbsabsprachen, Importbehinderungen, nationale Patenter schöpfung, Inlandmonopole soweit möglich beseitigt werden und bei uns EU-Binnenmarktnormen gelten.)
2. *Wir legen die Priorität bei der Förderung der Wissensgesellschaft, - Priorität haben also Bildung, Berufsbildung und Forschung.*  
( Rechnen Sie damit, dass wir die internationale Konkurrenzfähigkeit mit mehr Berufsbildung, Bildung und Forschung durch die öffentliche Hand mit höchster Priorität anstreben.)
3. *Soziale Stabilität soll in der Schweiz erhalten bleiben.*  
(Sie können damit rechnen, dass wir, bei gleichzeitiger Förderung der Eigenverantwortung, den sozialen Zusammenhalt und die sozialen Netze erhalten wollen um soziale Unrast zu vermeiden, und dass dies auch kostet.)

Es braucht zwei, drei solcher Führungsziele, die verstanden werden und Vertrauen bilden. Das fehlt heute!

Hier richte ich ein Wort an die anwesenden Kader aus öffentlichen, quasi-öffentlichen und parastaatlichen Institutionen, die natürlich den Druck gegen den Staat zu spüren bekommen. Wahrscheinlich ist der Druck auf die Seele – auf das Selbstvertrauen und Selbstverständnis – viel wirksamer und schmerzhafter zu ertragen, als der Spardruck, mit dem wir uns täglich auseinandersetzen.

*Lassen Sie sich von diesem Staatsquoten-Gefuchtel nicht unterkriegen!* Denn dieses ist ein Mainstream, der vorüberzieht, wie wir andere Modeströmungen erlebt haben. Ich erlaube mir ,als schon gealterter Mann, der drei Jahrzehnte die Wirtschaftspolitik verfolgt hat, der beide Seiten, die die zivilgesellschaftliche und jetzt die staatliche, kennen gelernt hat, doch eine leicht zynische Distanziertheit:

*Was haben wir allein im letzten Jahrzehnt an Blendertum, Management-Doktrinen, Modetheorien und Schlagwörtern nicht alles erlebt!* Was wurde uns da nicht mit grossem Imponiergehabe von den Konzernzentralen und Beraterfirmen an revolutionären Scheininnovationen alles vorgetragen! Mit Vokabelschwergewichten wurden unverständliche Philosophien vermittelt: New Economy , Shareholder Value, E-Business, Business Models, Reingeneering, Downside Risk, Upside Potential, Total Quality Management, Business Processor Engineering und vieles mehr – alles mit grossem Imponiergehabe verkündet, - von CEOs, Professoren, Consultants, Trainern, Business Angels und Mc Kinsey-Boys. Die Lebensdauer dieser Doktrinen währte jeweils nur wenige Jahre, - und heute ? Heute sind die meisten dieser Exponenten bereits von der Bildfläche verschwunden, sofern sie sich nicht erneut dem neusten Modetrend angeschlossen haben. Und nun gipfelt die Hauptaussage aus dieser Business-Kultur in einer Generalattacke auf den Staat, also ob dieser für die Wachstumsschwäche und das Versagen der Hauptverantwortliche wäre !

Das, meine Damen und Herren, sollte uns etwas befreien von der *Diktatur des Kurzfristigen*. Wir sollten das Selbstvertrauen haben, mit zu definieren, was das Gemeinwohl bedeutet. Das Ringen um die Staatsfinanzen wird sicher bleiben, wie auch das Ringen um jedes Budget in der Wirtschaft bleibt. Aber viele Angriffe und Modetheorien, die uns jetzt als vermeintliche Sachzwänge präsentiert werden, werden bereits in ein paar Jahren, bereits vielleicht nach dem nächstens Parlaments- und Regierungswechsel, als skurrile Verirrungen abgehandelt werden. *Deshalb ermutige ich Sie, als Staatsdiener, als Diener am Gemeinwohl, zu mehr Selbstvertrauen!*